Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Montag „Feingeist", Mittwoch „Technische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Weltspiegel", Freitag illustriertes Wigblatt „ULK", Mittwoch „Haus und Garten". Man abonniert bei allen Postanstalten d. Deutschen Reiches und der besetzt. Gebiete, Oesterr.-Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 8,25 Mark exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2,75 Mark, vierteljährlich 8,25 Mark. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6 Mark, fürs Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 5 Mark. Feldpost-Abonnements 3,25 Mark monatlich. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für d. Fernverkehr Nr. 14207—14209), u. d. nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 1 M. u. 70 % Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche mit 50 % Zuschlag. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptgp. SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 108; Potsdamer Str. 23; Zimmerstr. 29; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 40; Schloß, Al. 144; Martinplatz; Nathenower Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Dt. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 206; Frankf. Allee 346; Bülowstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauenzienstr. 2; Kantstr. 54; Schorrenstr. 59; Nürnb Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Hennigstempl.; Lichtenb.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 12; Neukölln: Berliner Str. 61; Hermannstr. 63/64; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 150; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburg Str. 22. Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Parade-Pl. 4.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 518
47. Jahrgang

Donnerstag
10. Oktober 1918

Nach der Antwort Wilsons.

Beratung des Kriegskabinetts. — „Weiterführung des Friedensschrittes möglich."

Gestern nachmittag sechs Uhr trat das engere „Kriegskabinett" zu einer Besprechung zusammen. An der Sitzung nahmen der Reichskanzler, die Staatssekretäre und auch Vertreter der Obersten Heeresleitung teil. Den Gegenstand der Erörterung bildete die Antwort des Präsidenten Wilson auf die deutsche Friedensnote.

Halbamtlich wird bereits von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erklärt: „Die Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf den deutschen Friedensschritt ist bei den hiesigen amtlichen Stellen bekannt geworden und wird in Kürze mitgeteilt werden. Wir haben Grund zur Annahme, daß sich eine Weiterführung des Friedensschrittes ermöglichen wird."

*

Berlin, 9. Oktober. (W. T. B.)

Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff traf aus dem Großen Hauptquartier zu Besprechungen in Berlin ein.

T.W. In einer Notiz, die gestern das Wolffsche Telegraphenbureau im Anschluß an die Antwortnote Wilsons verschickte, hieß es, der Text der Note ergebe, „daß weitere Erklärungen von seiten der deutschen Regierung notwendig sein werden", und dazu seien „sorgsame Erwägungen der Regierung erforderlich." Diese Erwägungen haben bereits gestern begonnen und es ist wohl klar, daß das nicht ohne Mitwirkung der militärischen Autoritäten geschieht. In zwei oder drei Tagen wird die Note, in der die neuen Anfragen Wilsons beantwortet werden sollen, fertiggestellt sein. Aller Voraussicht nach wird sie so lauten, daß man auf dem Wege zur Verständigung weitergehen kann. Es ist notwendig, daß man in diesem Augenblick auf störendes Dreinreden verzichtet und nicht durch Ausbrüche seiner Leidenschaft, durch geistreiche Kritik, durch staatsmännische Ratschläge und durch jene pompöse Ueberlegenheit, die namentlich bei vielen mit untilgbarer Schuld belasteten Worthelden sich findet, die Aufgabe der Regierung noch mehr erschwert. Wie schwer diese Aufgabe ohnehin ist, empfinden alle, denen nicht völlig der Sinn für die Tragik solcher Entscheidungen fehlt. Wir wollen hoffen, daß nie wieder das deutsche Volk und die deutsche Volksvertretung mit blinder Gläubigkeit und mit dem Verzicht auf eigenes Denken sich um einen geheiligten Berg scharen werden, von dessen Wolkenhöhe der Schicksalsblitz niederfährt. Aber es ist Pflicht jedes seine Pflicht verstehenden Menschen, heute die vom Parlament gebildete, nicht mehr unkontrollierte Regierung zu unterstützen und jene Selbstdisziplin zu zeigen, die in einer wirklichen Demokratie, in einer Gesellschaft selbständiger Staatsteilhaber, den Drill und die Fuchtel des ancien régime ersetzt.

Wilson wünscht, „sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern", und dazu scheint ihm die Beantwortung von drei Fragen nötig zu sein. Er will zunächst Auskunft darüber, ob der Reichskanzler „die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt", oder ob er sich erst in der Diskussion „über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen" gedenkt. Die Botschaft vom 8. Januar 1918 war jenes Dokument, das die 14 Punkte enthielt. Es hieß darin unter anderem, das hinsichtlich Elsaß-Lothringens begangene Unrecht solle „wieder gutgemacht" werden, und es wurde unter anderem die Möglichkeit einer „autonomen Entwicklung" für die in Oesterreich-Ungarn und der Türkei vereinigten Nationalitäten sowie eine „Berichtigung der italienischen Grenzen" und die Bildung eines unabhängigen polnischen Staates mit gesichertem Zugang zur See verlangt. In seiner Kongreßrede vom 11. Februar hat Wilson dann vier „Grundsätze" aufgestellt. Der zweite dieser Grundsätze besagte „daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden sollen", als handelte es sich „lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel." Der dritte Satz erklärte, daß „jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerung und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß". Im vierten Grundsatz wurde gefordert, „alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche" sollten „die weitestgehende Befriedigung finden", machte aber zur Voraussetzung, es dürfe dadurch nicht „eine neue, oder die Vereinigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden", entstehen.

Diese vier, am 11. Februar formulierten Grundsätze könnten gewissermaßen als Verhaltungsregeln gelten, die bei der Auslegung und Verwirklichung der in den 14 Punkten erhobenen Forderungen anzuwenden seien. Wilson hat dann am 6. April, am Jahrestag der amerikanischen Kriegserklärung, in Baltimore und Anfang Juli am Grabe Washingtons gesprochen, und besonders diese Rede am Grabe des großen Amerikaners war wieder sehr bemerkenswert. Dort führte Wilson die Ziele, für die Amerika kämpfe, in vier neuen Punkten auf. Als das erste Ziel nannte er „Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann", oder wenigstens „ihre Herabdrückung zur tatsächlichen Machtlosigkeit". Dann verlangte er die „Regelung aller Fragen, sowohl der territorialen wie der Souveränitätsfragen durch das Volk". Er forderte die „wechselseitige Achtung vor dem Recht". Er erwähnte schließlich die notwendige Schaffung einer „Friedensorganisation". Am 18. September wies er, als Antwort auf das Friedensangebot des Grafen Burian, kurz auf die früher von ihm mitgeteilten Bedingungen hin. Am 27. September erklärte er in einer Rede in New-York, vor der Auflegung der vierten Kriegsanleihe, das unentbehrliche Mittel für die Sicherung eines dauernden Friedens sei der Völkerbund. Dies sind die Botschaften und Kundgebungen, in denen er seine Forderungen niedergelegt hat. Dies sind die Forderungen, über deren Gesamtheit er noch genauer die Meinung der deutschen Regierung erfahren will.

Wilson fragt weiter, ob Deutschland bereit wäre, „sofort die Truppen überall aus dem besetzten Gebiete zurückzuziehen". Das ist vor allem eine militärische Angelegenheit, bei der man die militärischen Möglichkeiten zu prüfen haben wird. Seine letzte Frage lautet: „ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben", und er fügt hinzu, daß diese Frage „von jedem Standpunkt aus außerordentlich wichtig" sei. Hier ist er wieder von dem bei der Washingtonfeier geäußerten sehr berechtigten Gedanken geleitet, daß der Frieden nicht durch die Gewalten von gestern geschlossen werden solle, sondern durch die Völker und durch Parlamente, die mit aller Macht und allen Rechten zu freiem Handeln ausgestattet sind.

Der Deutsche Reichstag hat nun solche Rechte und solche Macht. Was er noch nicht besitzt, wird er schnell erringen können, wenn er nicht in schlaffe Untätigkeit versinkt. Deutschland hat den großen, heilsamen Schritt getan, der es den Völkern der Erde wieder näher bringen kann. Die einzige Möglichkeit, zum Frieden zu gelangen, lag da. Man hätte wünschen können, daß die Mehrheitsparteien in ihr Programm die jetzt selbstverständliche Forderung aufgenommen hätten: „Ueber Krieg, Frieden und Bündnisse darf nicht entschieden werden, ohne daß der Reichstag seine Zustimmung gibt." Wenn die Verfassung bereits so geändert worden wäre, könnte gar keine Unklarheit mehr bestehen und keine Frage könnte mehr nötig scheinen, aber es ist nicht zweifelhaft, daß diese Aenderung vorgenommen werden wird. Auch heute schon kann man auf die Frage Wilsons mit gutem Gewissen antworten: der Kanzler hat nicht nur für diejenigen Gewalten des Reiches gesprochen, „die bisher für diejenigen Gewalten des Reiches gesprochen, „die bisher für diejenigen geführt haben", sondern für die deutsche Volksvertretung, für das deutsche Volk. Das Volk selber leitet, durch ihn, das Geschick der Nation.

Indessen, im Interesse unserer ganzen inneren Entwicklung, ist es auch notwendig, unwiderlegbar Beweise dafür zu schaffen, daß diese erste Volksregierung den Krieg nicht ohne diejenigen, die ihn „bisher geführt haben", zum Ende zu bringen versucht. Wilson fragt, ob der Kanzler nur für diese Gewalten des Reiches gesprochen habe — wir müssen diese Gewalten des Reiches gesprochen habe — wir müssen feststellen und festgestellt sehen, daß er auch für diese Gewalten und nicht nur im Namen des Volkes und der Volksvertretung spricht. Die Demokratie gibt einen hohen Beweis vaterländischen Pflichtgefühls, indem sie in solcher Stunde, in solcher Situation, die Leitung des Reiches übernimmt und einen Frieden zu schließen strebt. Den Beweis eines vaterländischen Pflichtgefühls, das turmhoch über dem protzigen, phrasenhaften, verlogenen Patriotismus der wohlbekannten Bierredner und Charlatane steht. Man kann gegen Scheidemann manches einwenden, und mir für mein Teil hat seine Haltung während des Krieges, und beispielsweise seine Rede über Lichnowsky, häufig genug nicht behagt. Aber er, seine Partei und die anderen Mehrheitsmänner des Reichstages, und natürlich nicht weniger der Prinz Max von Baden, können es nicht als einen Vorzug betrachten, diesen Frieden abschließen zu müssen, und nur der Gedanke leitet sie, das deutsche Volk aus dem blutigen Sumpf herauszuführen, in den man es hineinregiert und hineingeschwatzt hat. Hinterher werden diejenigen, die durch ihre nationalistischen Geberden, durch ihre Spielerpolitik und zuletzt durch ihre U-Boot-Phantasien Deutschland zu den tragischen Notwendigkeiten der gegenwärtigen Stunde gebracht haben, erzählen, die Demokratie habe in ihrer Zerstörungssucht, ihrer Zerfahrenheit und ihrem Unverstand dem Lande diesen Frieden beschert. Schon jetzt bereiten sie sich diese Pose von morgen vor. Das muß verhindert werden, indem auch dem Ahnungslosesten im letzten Winkel Deutschlands gezeigt wird, daß nichts ohne „diejenigen Gewalten des Reiches, die bisher den Krieg geführt haben", geschieht. Es muß so klar als möglich werden, daß die alten und die neuen Gewalten bei jedem Schritt völlig einig sind. Wir wollen nicht, daß dreiste Lügenpriester hinter dem Volke sagen können: all das verdankt ihr der Demokratie! Wir wollen nicht, daß ein Oberlehrer seinen Schülern vorreden könne, die Demokratie habe das deutsche Volk um den Sieg gebracht. Wir wollen nicht, daß Geschichtsschreibern, wie wir sie in dieser Zeit kennen gelernt haben, die Möglichkeit zu neuen Entstellungen der Wahrheit bleibt. Niemand darf jemals täuschend behaupten können, die erste deutsche Volksregierung habe im Oktober 1918 anders gehandelt, als es durch die Lage der Dinge, nach dem Urteil der Berufensten geboten oder nützlich gewesen sei.

* * *

Das Programm Wilsons und das der Mehrheitsparteien.

Ein englischer Kommentar zur Rede des Reichskanzlers.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 9. Oktober.

Reuter erfährt folgenden Kommentar aus unterrichteten Kreisen: „Bei der Vergleichung des Wortlautes der deutschen Note und der Rede des Prinzen Max kommen wichtige Abweichungen ans Licht. Während die deutsche Note die Botschaft des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar und seine späteren Aeußerungen als Grundlage für die Friedensverhandlungen ansieht, erklärt der Reichskanzler in seiner Rede, daß er seine Stellung gemäß dem Programm der Mehrheitsparteien festlege. Falls dieses Programm so lautet, wie es im „Berliner Tageblatt" mitgeteilt wurde, so werden die Abweichungen zwischen dem Programm Wilsons und dem der deutschen Mehrheitsparteien sofort sichtbar. In Verbindung mit dieser Abweichung darf die Frage gestellt werden, ob Deutschland sich tatsächlich dem internationalen Schriftstück, das an Wilson gesandt ist, anschließt, oder ob es bei der Erklärung, die im deutschen Parlament an das deutsche Volk gerichtet wurde, verharrt."

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: „Die Presse enthält aufs neue skeptische Bemerkungen über den Wert der konstitutionellen Reformationen in Deutschland." — Die „Daily News" schreiben: „Die Deutschen haben jetzt eine Regierung, die behauptet, für das Volk und nicht für den Kaiser zu sprechen. Die Welt wird sich nicht davon überzeugen lassen, daß diese Behauptung wahr ist, bevor nicht die Volksregierung durch das Volk gewählt ist und man dem „Kaiserismus" abgeschworen hat." — Die „Times" sagen: „Die alte Firma besteht noch, aber unter einem neuen Namen." — „Daily Chronicle" ist der Ansicht, daß die erste, aber nicht die einzige Bedingung für einen Waffenstillstand die Räumung der von den Zentralmächten noch besetzten Gebiete Belgiens, Frankreichs, Italiens, Serbiens und Montenegros sei. — Die „Morning Post" zieht in einem zweiten Artikel abermals die Schlußfolgerung: „Die einzige Bedingung für den Waffenstillstand ist die unbedingte Uebergabe der deutschen Heere im Felde." Die „Morning Post" sagt ferner, daß der Schadenersatz an Belgien so groß wie möglich sein solle, um Deutschland die Strafe fühlbar zu machen. Die Entschädigung muß auch die Auslieferung der Kauffahrteischiffe enthalten, die Deutschland gebaut habe.

Die Stimmung in der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 8. Oktober. (Havas.)

Die Kammer tagte heute zum ersten Male seit dem Tage, an dem das Angebot der Mittelmächte an den Präsidenten veröffentlicht wurde. Die Abgeordneten fanden sich zahlreich im Palais Bourbon ein. Die Unterhaltung wurde weniger über die militärischen Vorgänge gepflogen, als über die durch den kürzlichen